

Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2020 der Bundesregierung

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) dankt den zuständigen Bundesministerien und dem BIBB für die Erstellung des Berufsbildungsberichts 2020. Die Beauftragten der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Länder beurteilen diesen Berufsbildungsbericht durchaus unterschiedlich, Kontroversen und Interessensgegensätze bleiben bestehen, aber in besonderen, durch eine globale Pandemie verursachten Krisensituationen werden diese hintangestellt. Wichtiger als der Rückblick auf das Ausbildungsjahr 2019 und dessen Bewertung ist es, dazu beizutragen, dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise abgefedert und die Rückkehr zu stabilen Verhältnissen erleichtert werden. Nur so wird es gelingen, möglichst vielen jungen Menschen, die sich bereits in Ausbildung befinden oder aber neu einen Ausbildungsplatz suchen, trotz der aktuellen Pandemie zu einem erfolgreichen Ausbildungsabschluss zu verhelfen. Den jungen Menschen wird so ein guter Einstieg ins Erwerbsleben ermöglicht und den Unternehmen auch weiterhin eine qualifizierte Fachkräftebasis bereitgestellt.

In Zeiten der Krise ist schnelles Handeln erforderlich.

Dabei müssen folgende Fragen rasch geklärt werden:

- Wie kann Betrieben bei Liquiditätsproblemen geholfen werden?
- Was geschieht mit den Auszubildenden, wenn ihr Ausbildungsbetrieb geschlossen wird beziehungsweise insolvent geht?
- Wie können Abschlussprüfungen durchgeführt beziehungsweise gestaltet werden?

- Wie wird gute Ausbildung in Betrieben gesichert, die für einen langen Zeitraum Kurzarbeit anmelden?
- Wie lässt sich im kommenden Ausbildungsjahr ein Einbruch bei der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge verhindern?
- Reichen die Angebote, damit auch junge Menschen mit Unterstützungsbedarf eine Ausbildung absolvieren können?
- Wie sichern wir Chancen auf Übernahme im Ausbildungsbetrieb oder Beschäftigung in anderen Betrieben nach der Ausbildung?

Es gilt, zur Klärung dieser Fragen gemeinsame Lösungen zu finden und anzustreben.

Die berufliche Bildung in Deutschland ist kein rein staatliches System. Sie basiert auf einer guten Zusammenarbeit von Wirtschaftsorganisationen einschließlich der Unternehmen selbst und den Gewerkschaften sowie von Bund und Ländern.

In den kommenden Wochen werden sich die unterschiedlichen Akteure der beruflichen Bildung eng abstimmen und notfalls auch unkonventionelle Maßnahmen vorschlagen.

Unser Ziel ist es, gemeinsam das Übergreifen der Corona-Krise auf den Ausbildungsmarkt zu verhindern beziehungsweise abzumildern.